



**Matthäus Strebl**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **Pressemitteilung**

### **MdB Strebl: „Ghetto-Renten sind ein wichtiges Signal! “**

Berlin.

**Der Bundestagsabgeordnete Matthäus Strebl sprach im Deutschen Bundestag zu den Ghetto- Renten und betonte, die Bundesrepublik Deutschland stehe zu der Verantwortung für die Opfer der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten.**

Strebl, der Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages ist, erklärte, dass bereits 2002 das Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto, kurz gesagt das „Ghetto-Renten-Gesetz“, vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde. Es ist ein wichtiges Zeichen an die Menschen, die unter menschenunwürdigen Bedingungen gearbeitet haben. Sie haben gearbeitet, um der Deportation und dem Tod zu entgehen. Im letzten Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland mit Polen ein Abkommen zu Beschäftigten in polnischen Ghettos geschlossen. Das Abkommen ermöglicht die Zahlung einer deutschen Rente aufgrund von Beschäftigungen in einem Ghetto auch an Personen, die in der Republik Polen leben. Hier musste insbesondere aufgrund unterschiedlicher Rentensysteme eine Lösung gefunden werden. Eine Einigung war zwingend eilbedürftig, denn die Renten-Empfänger sind inzwischen hochbetagt.

Berlin, 11.07.2016

**Matthäus Strebl, MdB**

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de



Strebl führte weiter aus, dass die Rentenansprüche aus dem Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto, an Bedingungen geknüpft sind. Die Betroffenen müssen Verfolgte des Nationalsozialismus sein und sich zwangsweise in einem Ghetto aufgehalten haben, das sich in einem Gebiet des nationalsozialistischen Einflussbereiches befand, sowie eine Beschäftigung, die aus eigenem Willensentschluss zustande gekommen ist, gegen Entgelt ausgeübt haben.